Morgen-Ausgabe

Groß-Berlin 30 Pf., auswärts 40 Pf.

„Berliner Tageblatt u. Handels-Zeitung" erscheint wochentägl. zweimal, Sonntags u. Montags einmal. Illustr. Gratis-Wochenschriften: Jeden Sonntag „Der Weltspiegel", jeden Dienstag „Modenspiegel", jeden Mittwoch „Technische Rundschau", jeden Donnerstag „Sportspiegel", jeden Freitag Witzblatt „ULK", jeden Sonnabend „Haus Hof Garten". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterreichs, des tschecho-slowak. Staates, Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens u. Finnlands; für alle übr. Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzbd. durch d. Exp. d. Bl. mögl. Bezugspreis: Durch d. Post monatl. 15 M. einschl. Zustellg., Ausland ausschl. Postaufschlag; f. Berlin u. Vororte monatl. 15 M. b. tägl. zweimal. Zustellg. ins Haus. Unter Kreuzbd. monatl. f. d. Inland 26 M. u. Ausland 36 M. Im Falle höh. Gewalt od. Streiks hab. uns. Bezieh. kein. Anspr. a. Nachlief. od. Erstatt. d. entspr. Entgelts. In Groß-Berlin abonn. man b. d. Hauptexped. SW 19, Jerusalemer Str. 46—49 u. d. nebensteh. aufgeführt. Filialen. (Fernspr.: Zentrum 10131—10144, f. d. Fernverk. 14907—14909.) Tel.-Adr.: „Berlibla", Berlin. Insertionspreis: Zeile M. 5 u. 30 % Zuschl., Stellen-Ges. u. Familien-Anz. ohne Zuschl. Nachrufe nach übl. Tarif.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 103; Potsdamer Straße 38; Zimmerstraße 50; Königstraße 56/57; Rosenthaler Straße 45; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenicker Straße 67/68; Rathenower Str. 8; Turmstr. 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstr. 9; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 296 u. 346; Blücherstraße 69; Fidicinstr. 9; Wiener Str. 1/6; Greifswald. Str. 197; Hennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenbg.: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 34; Scharrenstr. 30; Nürnbg. Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunew.: Henriettenpl.; Lichtenbg.: Frankf. Allee 341; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kais.-Friedrich-Str. 247/48; Pankow: Bornholm. Str. 1; Schulstr. 28; Schmargendorf: Breite Str. 8; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Mart.-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserpl. 13; Treptow: Krüllstr. 7; Weißensee: Streustr. 126. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburg. Str. 28; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradepl. 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 360 • Ausgabe A Nr. 182

Ausgabe für Berlin und Umgegend Nr. 360

Mittwoch, 3. August 1921

50. Jahrgang

Die Arbeiterbewegung in Polen.

Der Existenzkampf der Lodzer Textilindustrie. — Kraftprobe zwischen Kommunisten und Sozialisten.

Von unserem Korrespondenten

W. Stein.

Lodz, Anfang August.

Auf die Riesenindustrie des arbeitsamen Lodz setzte man beim Aufbau des neuen Polenstaates viel Hoffnung. Großzügige Projekte erstanden, um die Fabriken, die die Kriegsnöte zum Stillstand und zum Zerfall gebracht hatten, wieder in Gang zu bringen. Von Ausfuhrmöglichkeiten in riesigem Umfange träumte man. Leider aber blieb es auf Seiten der polnischen Regierung bei frommen Wünschen; sie verschwendete ungezählte Milliarden für kriegerische Expeditionen, für Propaganda- und ähnliche Zwecke — aber sie gab nichts aus für den Aufbau der Lodzer Industrie. Das amtliche Polen richtete seine Blicke auf die Petroleumindustrie Ostgaliziens, deren Besitz erst noch erfochten werden muß, und auf die oberschlesischen Gruben und Hütten, deren hohe Blüte die Begehrlichkeit reizte. Wollte man dem Sinken der Valuta und des Kredites durch wirtschaftliche Arbeit, durch Belebung der Industrie entgegenwirken, so war Lodz das Rhodus — aber man sprang nicht! Die Unternehmungslust der Lodzer Fabrikanten half sich schließlich selbst so weit, daß wenigstens ein Drittel der Textilbetriebe wieder seine Schornsteine heizen konnte, wenn auch nur an drei Wochentagen oder bei halben Schichten. Diese private Aufbauarbeit blieb unfruchtbar; die abenteuerlustige polnische Politik entwertete das Geld in raschestem Tempo, und zugleich stiegen die Kosten des Lebensunterhaltes ins Ungeheuere: Bauern und Pferde waren im Krieg oder im Aufstand, die Eisenbahn für Militärtransporte in Anspruch genommen — alles kam zusammen, um die Produktionskosten der Lodzer Industrie so zu erhöhen, daß jede Ausfuhrmöglichkeit schwand, und daß sogar auf dem inneren Markte eine Absatzkrise eintrat.

Der verzweifelte Kampf der Lodzer Industrie um ihr Leben wird erschwert durch häufige Streiks der Arbeiterschaft, die immer wieder zu Lohnerhöhungen und damit zu immer weiterer Steigerung der Herstellungskosten zwingen. Die Streikbewegungen der letzten zwei Jahre waren in Lodz zumeist rein wirtschaftlicher Natur, Folgen der wachsenden Lebensmittelnot und Teuerung. Der letzte hartnäckige Streik jedoch, der nunmehr schon einige Wochen andauert und die gesamte Textilindustrie Polens umfaßt, ist trotz der Lohnforderungen in erheblichem Maße ein politischer Streik. Lodz, einst von der Arbeit beherrscht, wird heute von den Arbeitern beherrscht und in seinen Fabriken hat der Kampf und die Auseinandersetzung um den Kommunismus begonnen. Die Kommunistische Partei Polens hatte bis in die letzte Zeit außerhalb des Dombrowaer Grubenreviers keinen sehr starken Anhang. Neuerdings jedoch — und nicht ohne Zusammenhang mit dem Friedenszustand gegenüber Rußland — ist sie auch anderwärts rühriger geworden. Sie sucht insbesondere in den Reihen der polnischen Sozialistenpartei (P. P. S.) „Sprenggruppen" zu bilden und tut das nicht ohne Erfolg.

Der Generalstreik in der Lodzer Textilindustrie ist zum Kampffeld zwischen Sozialisten und Kommunisten geworden: die neuen Lohnforderungen der Arbeiterschaft sind so hoch, daß die Fabrikanten mit Recht schwanken, ob sie nicht lieber ihre Betriebe stillegen als sie unter der Erfüllung dieser Forderung in kurzem zusammenbrechen sehen sollen; der Streik wird geführt durch die Berufsverbände, deren Leitung zumeist in den Händen der Sozialistenpartei liegt. Ihr kam die Streikbewegung sehr gelegen, um einerseits die Schwierigkeiten der Witosregierung zu erhöhen und um andrerseits noch vor den Herbstwahlen die gesunkenen Sympathien der Arbeiterschaft zurückzugewinnen.

Inmitten des Streiks hatte die Sozialistische Partei ihren 18. Kongreß nach Lodz einberufen. Sie erhoffte von ihm eine neue Stärkung ihres Einflusses auf die wählenden Arbeiter. Ob sie freilich mit der Sammlung einer Viertelmillion für die Streikkasse dieses Ziel schon erreicht hat, ist reichlich fraglich. Die Sozialistische Partei befindet sich in einem Zersetzungsprozeß: der bourgeoise Nationalismus ihrer Mehrheit wird durch die Verbrämung mit einigen sozialistisch klingenden Redewendungen nicht verborgen; eine erhebliche Opposition in ihren Reihen ist erwachsen, seit sie sich eifrig an der militaristisch-expansionistischen und innerpolitisch durchaus bürgerlich orientierten Regierung beteiligte. Der Lodzer Parteikongreß brachte daher viel Kritik, obschon die meisten Führer des ganz radikalen, zum Kommunismus neigenden Flügels vorher wohlweislich hinter Schloß und Riegel gebracht waren. Die anwesenden Parteidelegierten der Mehrheit und der Minderheit sahen alles Heil im Kompromiß: deshalb beschloß man, aus der Zweiten Internationale auszuscheiden, hütete sich aber vorsichtshalber, etwas darüber verlauten zu lassen, wie man sich die weitere Entwicklung denkt.

Bedeutungsvoller als die Parteikongreßbeschlüsse wird für die polnische Sozialistenpartei, wie oben angedeutet, der Ausgang des Lodzer Streiks sein.

Der Reichskanzler über Oberschlesien.

„Achtet das Selbstbestimmungsrecht des oberschlesischen Volkes!"

Die Rede in Bremen.

„Kein zweites Elsaß-Lothringen!"

Bremen, 2. August.

In einer von etwa 5000 Personen besuchten öffentlichen Versammlung, die von der Handelskammer Bremen einberufen war, sprach heute der Reichskanzler Wirth über die wirtschaftliche und politische Lage. In kurzen Begrüßungsworten drückte der Vizepräsident der Handelskammer, Nebelthau, die Freude aus, den süddeutschen Landsmann und höchsten Beamten des Reichs in Bremen zu sehen, der durch sein Erscheinen das Interesse für die alte Hansestadt am Weserstrom und damit für die kommerzielle Weltstellung Deutschlands bekunde. Die Stunde sei überaus ernst. Viele der Gegner versuchten, das deutsche Streben, durch Arbeit und Pflichterfüllung wieder emporzukommen, neuerlich zu vereiteln. Bremens Bürgerschaft sei bereit, sich um die Reichsregierung zu scharen und mit ihr in die Welt hinauszurufen: Das deutsche Volk will sein gutes Recht, nicht mehr.

Hierauf ergriff der **Reichskanzler** das Wort zu folgenden Ausführungen:

Als ich heute morgen in die Stadt kam, bin ich nicht hergekommen, um eine Rede der Resignation zu halten, nicht um Sie zu unterrichten von den täglichen Sorgen und Mühen, von denen die Regierung erfüllt ist, sondern ich bin hergekommen, um Ihnen Worte der Ermunterung, des Trostes, der Aufmunterung zu sprechen, damit wir in diesem großen, gewaltigen Schicksal, das unser Land betroffen hat, uns nicht allein dem Schmerz hingeben, sondern ich will Sie aufrufen, mit uns, mit allen deutschen Regierungen mutig durch Arbeit, durch freiwillige Arbeit den Weg zur Freiheit zu gehen (Bravo). Ich weiß, daß die Arbeit, die wir verrichten müssen, in unserem deutschen Vaterlande getragen sein muß von dem Gedanken hoher Ideale, daß wir aber gerade in diesen Idealen in unserem deutschen Volk nicht einig sind! Die einen schauen rechts, die anderen links, wieder andere schauen auf den dornigen Pfad, der uns allein durch Arbeit vorwärts bringen kann zur Freiheit. Mir kommt es nicht darauf an, Illusionen zu wecken, Illusionen haben wir früher genug gehabt, im Weltkriege. Nicht um Illusionen zu wecken, bin ich hergekommen, sondern um Ihnen zu sagen, daß wir uns nur durch treue Pflichterfüllung, durch harte, eiserne Arbeit den Weg zur Freiheit bahnen können. Wir haben in den letzten Wochen und Monaten **manche Enttäuschung** erlitten, aber eines hat sich doch gezeigt, **wir sind nicht Illusionsmänner gewesen.** Wenn man einmal in der Politik eine feste Richtung eingeschlagen hat, und wenn man diese Richtung innehält, dann muß man doch in der Welt Beachtung finden. (Sehr richtig.) Diese Beachtung in der Welt baut sich auf auf deutsche Charakterfestigkeit. (Bravo.) Der Weg, der uns vorgezeichnet ist, ist der Weg des Rechts, ist der Weg, der nicht bezeichnet wird durch das blanke Schwert, ist der Weg, der dorthin weist, wohin die Sehnsucht aller Völker geht, es ist der Weg der Barmherzigkeit und der Liebe. Er weist zum wahren Menschentum, der Weg, auf den die Welt ein Recht hat, es ist der Weg zum Glück und zur Wohlfahrt. (Bravo, Händeklatschen.) Es wird mancher unter Ihnen sein, der an den alten Fahnen hängt. Ich nehme es niemandem übel, das ist Historie. Manchem wird es schmerzlich sein, wenn er an die alten Zeiten denkt. Allein die heutige Politik des Reiches kann sich nicht bekleiden mit den Illusionen der Macht. Denn diese Faktoren sind nicht mehr vorhanden, sondern das heutige Reich und seine Führer müssen sich wappnen mit Geduld in der Ueberzeugung, daß der Kern der Welt und ihrer Geschichte ein moralischer ist (Händeklatschen), und ich glaube, gerade inmitten der großen, strebsamen Arbeiterwelt Bremens, von deren Arbeit ich heute morgen ein Zeugnis bekam, inmitten der strebsamen Kaufmannschaft Bremens, das ein Ausgangspunkt ist für das Emporblühen des Welthandels, daß hier der Gedanke des Vertrauens Wurzeln fassen muß und der großen, moralischen Weltauffassung, die das Rechtsbewußtsein Deutschlands immer ausgezeichnet hat. Ich sagte vorhin, daß mancher nur mit Trauer Abschied nimmt von dem Gedanken, daß nicht die Macht allein die deutsche Politik regieren kann. Wir haben diese Macht nicht. Wir wissen aber auch, was gerade die Macht in den letzten Monaten für Unheil geschaffen hat. Wollen Sie wissen, was Macht ist, wenn sie brutal mißbraucht wird, dann, liebe Volksgenossen, schauen Sie auf **Oberschlesien.** Dort hat die Macht, und zwar die polnische Macht, nicht ganz ohne Verbindung mit Mächten, die den Gedanken des Rechts hätten hochhalten müssen, dort hat der Gedanke der Diktatur ein glänzendes, blühendes Land, wie wir es der interalliierten Kommission übergeben haben, beinahe an den Rand des Verderbens gebracht. Wir wollen keine Diktatur in der Welt, wir wollen nur eines, daß deutsches Land, das durch deutsche Arbeit, durch deutsche Kultur zu großer Blüte emporgewachsen ist, daß dieses Land nicht unter polnischer Diktatur dem Ruin preisgegeben wird. (Bravo.) Dort haben Sie den Mißbrauch der Macht gesehen, und ich glaube, niemand in Bremen verkennt den großen Gedanken der Stunde, die uns bevorsteht, wo sich zeigen soll, ob in Oberschlesien das Recht oder ob die Gewalt, ob Unvernunft oder wirtschaftliche Vernunft in Oberschlesien herrschen sollen. Ich habe genügend dargetan, wie wichtig es für die ganze Welt ist, daß an Stelle des Machtgedankens der Gedanke des Rechts zum Durchbruch kommt.

Wir hören Stimmen des Rechts und des Friedens in der ganzen Welt. Aus Amerika, aus England hören wir diese Stimmen. Wenn diese Stimme auf der ganzen Welt rechtzeitig im Toben des Weltkrieges zur Geltung gekommen wäre, die Welt stände heute anders da als in dem jetzigen ungeheuren Elend. Wir **wollen jede Stimme des Rechtes und der Vernunft, ob sie jenseits** des Meeres oder jenseits des Kanals ertönt, mit Dankbarkeit begrüßen. Mit herzlicher Freude haben wir gehört, daß aus dem Munde führender Staatsmänner auf der Seite unserer früheren Gegner das Wort Glück und Wohlfahrt der Völker wieder öffentlich ausgesprochen wird. Liebe Volksgenossen, das deutsche Volk weiß von vergangenem Glück und Wohlfahrt zu erzählen. Waren es nicht glückliche Tage, wo die Welt auch in Bremen in Frieden ihren Geschäften nachgehen und den Werken der Wohlfahrt und des sozialen Gedankens leben konnte. Wenn wir heute das Wort Glück und Wohlfahrt auf die Lippen nehmen, so tun wir es in dem Gefühl, Glück und Wohlfahrt verloren zu haben. **Das große Weltgeschehen hat diesen Friedensgedanken verschüttet und allein den Machtgedanken zur Geltung gebracht.** Wir sprechen von Glück und Wohlfahrt, weil dieses Land der Sehnsucht hinter uns liegt. Aber wenn drüben heute von Glück und Wohlfahrt gesprochen wird, so frage ich Sie, ob seit dem Waffenstillstand, der dem deutschen Volke die Waffen genommen hat, dieses Ziel, die Wohlfahrt und das Glück der Völker zu erneuern, wirklich das Ziel der führenden Männer gewesen ist? Schauen Sie hin auf die Politik der letzten drei Jahre, auf die Politik der letzten Monate. **Mit ewigem Drohen tritt man uns gegenüber. Damit macht man keine Wohlfahrt, sondern nur neuen Haß.** Wir haben in den letzten Tagen wieder erlebt, welche schweren Wolken wieder über unser deutsches Vaterland heraufgezogen sind, welche neuen Drohungen ausgesprochen worden sind, während wir glaubten, dem wahren Gedanken der Liebe und der Versöhnung in der Welt zu dienen und damit den Völkern neues Glück und neue Wohlfahrt zu bringen. Ich nehme es niemandem in dieser großen Halle übel, wenn Sie an der Politik der letzten Monate Kritik üben. Ich habe nichts dagegen, wenn hier und dort der Ruf an mich herantritt: Herr Reichskanzler, Sie sind einen falschen Weg gegangen. **Trotzdem würde ich,** wenn noch einmal die schwere Entscheidung zu fällen wäre, eine Regierung zu bilden, **wieder allein den Weg des Rechtes gehen. Ich würde mich keinen Augenblick besinnen, diese Politik noch einmal zu machen.** (Bravo und Händeklatschen). Ich habe die Antwort auf das Ultimatum von London gegeben auch unter einem politischen Gesichtspunkte. Will man in der Welt dem großen Gedanken der sozialen Demokratie Rechnung tragen, dann darf man die Politik der deutschen Regierung nicht sabotieren, die getragen ist von dem Vertrauen der arbeitenden Welt und Handelswelt. Eine solche Sabotage würde ich auffassen als eine Sabotage der großen Ideale der Welt. Eine solche Sabotage wäre es, wenn trotz der Abstimmung in Oberschlesien Korfanty und nicht das Recht in Europa zur Geltung kommen würde. Es ist eine große, gewaltige Stunde, die für die Machthaber der alliierten Mächte in dieser Woche anhebt. Ich weiß nicht, ob man in der ganzen Welt die Zeichen der Zeit richtig versteht, aber es darf nicht geschehen, daß man den großen Gedanken des Selbstbestimmungsrechts verletzt in einem Augenblick, wo alle Mächte moralischer Natur mit eherner Stimme in die Welt hinausrufen müßten: **Jetzt achtet das Selbstbestimmungsrecht des oberschlesischen Volkes,** das mit aller Macht und Klarheit sich ausgesprochen hat. Jetzt achtet den Gedanken der Demokratie in der Welt, den Gedanken der Freiheit, wenn ihr nicht dieses Europa dem Ruin, dem Elend, dem endgültigen Untergang weihen wollt! (Bravo und Händeklatschen.) Von diesem Gedanken getragen, daß das Recht der Selbstbestimmung Oberschlesiens geachtet werden muß, haben wir seinerzeit unsere Politik eingeschlagen, die Politik der ehrlichen Erfüllung des Friedensvertrages. Ich weiß, daß wir in den politischen Idealen nicht alle einig sind. **Mein Ideal, das ich persönlich erkämpfe,** und für das ich jederzeit bereit bin einzutreten, **ist das der demokratischen freien deutschen Volksrepublik** (Beifall). Wir verlangen, daß man unsere Ideale und unser aufrichtiges Streben achtet. Muß nicht heute allen, die an den Geschicken Europas mitarbeiten wollen, klar sein, was es bedeutet, den größten Teil des deutschen Volkes zu mißachten, das sich jetzt in den bitteren Stunden der Erfüllung des Ultimatums beleben läßt durch den Gedanken, durch Arbeit zur Freiheit zu kommen. **Ich frage vor aller Welt, haben Sie je ein Volk gesehen, das solche ungeheuren Opfer auf sich nimmt, wie sie durch unsere Steuergesetzgebung** gerade auch von den Lohn- und Gehaltsempfängern, von der deutschen Arbeiterwelt, von der Angestelltenschaft und Beamtenschaft **verlangt wurden?** Hat uns nicht der große Gedanke geleitet, durch Arbeit, durch Opfer die junge deutsche Republik wieder zur Freiheit und zu neuer Wohlfahrt zu führen. Die Wohlfahrt aller Völker ist eng untereinander verflochten.

Sieht die Welt um uns nicht ein, daß man heute ein Volk nicht isolieren kann? Schauen Sie hinüber nach England! Sind nicht dort 2 Millionen Arbeitslose, die um ihr tägliches Brot ringen? Schauen Sie hinüber nach Amerika; sind es dort nicht doppelt so viele wie in England? Schauen Sie rundherum, wie das Wirtschaftsleben zusammengebrochen ist, wie die tausend wirtschaftlichen Fäden zerrissen worden sind durch das große Schicksal der europäischen Kriegskatastrophe. Wie war es im Jahre 1914! Heute sind es sieben Jahre danach. Was stand am Eingang dieser siebenjährigen Epoche? Ein Ultimatum, das unglücklichste, was die Welt gesehen hat, jenes Ultimatum an Serbien. Und ist es jetzt nicht wieder ein Ultimatum gewesen, das für die Welt entweder das Zeichen der Verständigung oder vielleicht noch einmal das Zeichen neuer Zerstörungen für Europa sein kann.

Auch Europa kann nicht noch einmal durch die Katastrophe eines neuen Wirrwarrs oder durch einen neuen Krieg hindurchgeführt werden. Die Todesschatten lagern auf dem Kontinent, der der Bringer des Lichts, der Bringer der Freiheit, der sittlichen Freiheit für die ganze Welt hätte sein können. Der europäische Gedanke, der den Blick loslöst vom engen Kreise und ihn lenkt auf das gemeinsame Schicksal Europas und damit der ganzen Welt, **dieser**